

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage.

Inserate kosten die gespaltene

Zeile oder deren Raum 20 Pfg.

Zeilen pro Zeile 50 Pfg.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. Lemb.

Fernsprech-Anschluß Nr. 80.

Postfach-Konto:

Frankfurt a. Main Nr. 7689.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von
A. Lemb in Braubach a. Rhein.



Stadt Braubach.

Gratisbeilagen:

Jährlich zweimal Fahrplan und
einmal Kalender.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 18.

Redaktionschluss: 10 Uhr vormittags.

Bezugspreis:

Monatlich 70 Pfg.

Durch die Post bezogen:

Vierteljährlich 2,10 Mark.

Von derselben frei ins Haus
geliefert 2,52 Mark.

Nr. 45.

Braubach a. Rhein, Freitag, den 22. Februar 1918

28. Jahrgang.

Bermehrung der Reichstagsliste.

44 Mandate durch Verhältniswahl.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Zusammensetzung des Reichstages und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen, der jetzt dem Reichstage zugewiesen ist, sieht zunächst eine Erhöhung der Mandate auf 441 (von 397) vor. Rünftig wählt Berlin 10 (bisher 6), Leipzig 7, Hamburg 6, Bochum und Leipzig je 4, Köln, Breslau, Duisburg, Dortmund, Essen, Niederbarnim, München und Dresden je 3, Düsseldorf, Elberfeld, Hannover, Stuttgart, Königsberg, Hindenburg, Kiel, Rastenburg, Nürnberg, Chemnitz, Mannheim und Bremen je 2 Abgeordnete. Für alle diese Wahlkreise gilt das Verhältniswahlrecht.

Aus der Begründung zu dem Gesetzentwurf geht hervor, daß man nicht (wie das Wahlgesetz vom 31. Mai 1899 bestimmte) für je 100 000 Einwohner einen Abgeordneten annehmen, sondern in die Neuordnung nur jene Wahlkreise einbeziehen will, die über 800 000 Einwohner haben. Diesen Wahlkreisen soll für je 200 000 Einwohner und für einen etwaigen Überschuß von mehr als 100 000 Einwohnern je ein Abgeordneter zugeteilt werden. Die Regelung nach diesem Schema ist gewählt, um nicht zu starkes Anwachsen der Zahl der Reichstagsmitglieder und damit eine Erhöhung der Arbeit des Reichstages herbeizuführen. Die Begründung scheint anzudeuten, daß eine grundlegende Neuordnung der Reichstagszusammensetzung in Verbindung mit einer dem Wachstum der Bevölkerung entsprechenden Neueinteilung der Wahlkreise nach dem Kriege vorgenommen werden soll.

Wenn jetzt die Verhältniswahl neu geordnet und ihre Vertretung im Reichstage durch Zuweisung neuer Mandate geregelt wird, so ist damit eine Fortsetzung der Mehrheitsprinzipien erfüllt, die Graf Hertling bei Übernahme des Reichstagsamtes ausgedrückt hatte. Die Teilreform der Verhältniswahl geht von dem Gedanken aus, daß innerhalb jedem Bundesstaat, in Preußen jeder Provinz der frühere Verfassung erhalten bleibt, und daß andererseits die Gebiete, in denen seit 1869 eine unverhältnismäßige Vermehrung der Bevölkerung eingetreten ist, mehr Abgeordnete als bisher erhalten.

Besonderes Interesse erweckt in allen Kreisen natürlich die Einführung der Verhältniswahl, die seit langen Jahren, wie in anderen Ländern, besonders in England und Frankreich, so auch bei uns heimisch geworden ist. Sie ist vorläufig für alle Wahlkreise eingeführt, die mehr als einen Abgeordneten in den Reichstag entsenden, um so auch den Minderheiten die Möglichkeit einer parlamentarischen Vertretung zu geben. Im deutschen Reichstagswahlrecht werden also künftig zwei Wahlsysteme nebeneinander bestehen, nämlich die Mehrheitswahl und die Verhältniswahl. (Das Nebeneinander beider Systeme besteht seit langem in Württemberg und Hamburg und hat sich durchaus bewährt.) Die Verhältniswahl kann natürlich nur durchgeführt werden, indem die bisher rechtlich bestehende Wahlfreiheit des einzelnen Wählers in der Auswahl der Kandidaten insofern eingeschränkt wird, als sie an den Wahlschein gebunden wird. Der Wähler kann die Namen seines Stimmzettels nach Belieben aus sämtlichen von den verschiedenen Parteien organisierten Vorschlagslisten zusammenstellen. Auch können von vornherein die Vorschlagslisten mehrerer Parteien verbunden werden. Nur die Wahl von sogenannten „Bildern“, die

auf keiner Vorschlagsliste stehen, als dem Geiste der Verhältniswahl widersprechend, von vornherein ausgeschlossen. Damit auch die kleinsten Minderheiten zu ihrem Rechte kommen, können Vorschläge bereits von 25 zur Wahl berechtigten Personen im Wahlkreise eingereicht werden. Die Wahlvorschläge dürfen höchstens zwei Namen mehr enthalten als Abgeordnete auf den Wahlkreis entfallen. Die Abgeordnetenliste werden auf die Vorschlagslisten nach dem Verhältnis der ermittelten Stimmen verteilt. Dazu werden die Stimmenzahlen nacheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt. Aus den Ergebnissen werden so viele Höchstzahlen aufgefunden, als Abgeordnete zu vergeben sind. Jeder Wahlvorschlag (Liste) erhält so viel Mandate, als Höchstzahlen auf ihn entfallen. Diese etwas verzwickte Bestimmung möge folgendes Beispiel erläutern:

In einem Wahlkreise, auf den fünf Mandate entfallen, haben erhalten die Listen

A	B	C	D	E
180 000	104 000	76 000	30 000	28 000

So würde nach der Teilung durch 1, 2, 3 und 4 das Schema wie folgt aussehen:

A	B	C	D	E
180 000	104 000	76 000	30 000	28 000
90 000	52 000	38 000	15 000	14 000
60 000	34 666	25 333	10 000	9 333
45 000	26 000	19 000	7 500	7 000
36 000	20 800	15 200	6 000	5 600

Die Höchstzahlen wären demnach 180 000 (A), 104 000 (B), 90 000 (A), 76 000 (C) und 60 000 (A). Liste A würde also drei Abgeordnete, Liste B und C je einen bekommen, während die übrigen Listen keinen Abgeordneten erhielten. Vorgänge und Schwächen der Verhältniswahl werden am dem Schema klar. Die Minderheiten bleiben aus der unvertreten, die Mehrheiten aber kommen zu einem gerechteren Ausgleich, als bei dem bloßen Mehrstimmen system.

Englische Lebensmittel-Polonäsen.

Die fortgesetzte steigende Wirkung des Unterseebootkrieges spiegelt sich immer deutlicher in der englischen Presse wider, in der man besonders auf dem Gebiete der Lebensmittel-Polonäsen in Wort und Bild feststellen kann, daß der Nahrungsmittelmangel in einem solchen Ausmaß begriffen sein muß. Aus einem langen Aufsatz der „Daily Mail“ läßt sich ein sehr guter Überblick über die Lebensmittellage in ganz England gewinnen, wenn man die nachstehend in Stichworten angeführten Berichte aus den verschiedenen Städten durchliest:

Gloucester: Die Polonäsen begannen sich heute morgen um 7 Uhr zu bilden.

Dort: Mehrere Stunden lang warteten die Polonäsen getrennt vor den Lebensmittel-Läden.

West Bromwich: Lange Polonäsen wurden gestern hier beobachtet. In einer waren über 1000 Frauen.

Stirling: Leute aus umliegenden Ortschaften stehen in den Polonäsen. Einige müssen 6 Meilen zu Fuß geben.

Cambridge: Die meisten Lebensmittel-Läden öffneten erst spät gestern nachmittags. Die Läden wurden um ein bißchen Warte belagert.

Nottingham: Die Polonäsen waren 1/2 Meile lang.

Newcastle on Tyne: In Regen und Frost warteten lange Polonäsen 8 bis 7 Stunden auf Lebensmittel.

Sheffield: Vor Tagesanbruch bildeten sich schon lange Polonäsen, die aus den Hauptstraßen in die Seitenstraßen einbiegen mußten, um den Verkehr nicht zu unterbrechen.

Dunkle Pfade.

Roman von Reinhold Dietmann.

Nachdruck verboten.

7. Kapitel.

Von den zahlreichen möblierten Zimmern, die Günter Holtradt auf der Suche nach einem neuen Heim beschlagnahmt, sagte ein freundliches Quartier inmitten des logenartigen Studentenviertels ihm am besten zu. Es war nicht gerade äppig, doch anheimelnd und behaglich eingerichtet. Auf den Fensterbänken zwischen den schneeweißen Gardinen standen liebevoll gepflegte, blühende Topfpflanzen, und ein paar gute kupperfarbene Schmuckstücke blühten. Das verlockendste aber war ein großes, schwarz poliertes Klavier, von dem ihm die Wirbel unter Tränen in den Augen sagten, daß es ihrer vor wenig Monaten verstorbenen Tochter für ihr Musikstudium gebüht habe. „Sie hatte ein so großes Talent, meine arme Maria“, erzählte die in tiefe Trauer gekleidete Matrone, „und sie wäre gewiß eine berühmte Klavierspielerin geworden. Im nächsten Winter hätte sie ihr erstes Konzert geben sollen. Aber sie war von schwachem Körper und hatte sich wohl von Anfang an zu viel zugemutet bei dem Studium. Im Frühjahr wurde sie krank, und im Herbst ist sie mir gestorben. Es war ein Himmelstun, das ich nicht aufhalten ließ. In dem Lehnstuhl dort am Fenster ist sie eines Mittags ganz sanft entschlafen.“ Über dem altväterlichen Schreibtisch hing die von einem Amateurlenker umgebene Photographie eines

garten, schattigen Wachsens mit großen, vertrauensvollen Augen. Unwillkürlich sah Günter zu dem Bild hinüber, und es ging wie ein wehmütiges Erröten durch seine Seele, als er in den Augen der armen, jungen Klavierspielerin eine gewisse Ähnlichkeit mit Editha wahrzunehmen glaubte.

„Ja, das ist sie“, nickte Frau Gollmer, „es ist ihr letztes Bild, und sie war schon leidend, als sie aufgenommen wurde. — Aber wollen Sie das Instrument nicht einmal versuchen, mein Herr? Wir haben uns jahrelang selbst das Notwendigste verweigert, um es anschaffen zu können. Seit Marias Tode hat niemand mehr darauf geachtet.“

Sie hatte den Deckel geöffnet, und behutsam, mit einer fast ehrfürchtigen Scheu, wie man sie vor den Reliquien eines teuren Toten empfindet, griff Günter ein paar leise Akkorde. Sein feines Ohr ließ ihn erkennen, daß er in der Tat ein vorzügliches Instrument vor sich habe, und damit war auch sein Entschluß gefaßt.

Obwohl der geforderte Mietpreis den Betrag, den zu zahlen er sich vorgenommen hatte, recht erheblich überstieg, erklärte er sich doch bereit, ihn auf der Stelle für einen Monat im voraus zu erledigen, wenn er damit das Recht erwürbe, noch heute einzuziehen.

Dem fleht selbstverständlich nichts entgegen, mein Herr“, sagte die Witwe. „Ich habe mich ja nur schwer entschlossen, das Zimmer zu vermieten; denn hier hielt meine arme Maria sich bis zum letzten Tage ihres kurzen Lebens am liebsten auf, und es ist kein Stück darin, das für mich nicht mit hundert Erinnerungen an meine Tochter verknüpft wäre. Ihnen aber vertraue ich alle diese Dinge gern an, denn ich weiß, daß ein Künstler pietätvoller damit umgehen wird, als es vielleicht mancher andere täte.“

Northampton: Lange Polonäsen. Butter, Fett, Speck, Schmalz, Margarine waren fast nicht zu haben.

Bolton: Lange Polonäsen wurden durch die Polizei geordnet. Knappheit an Butter, Margarine, Schmalz, Speck, Zucker, Tee.

Warwick: Vor den Butter- und Margarineläden standen gestern lange Polonäsen mehrere Stunden lang.

Worcester: Die Polonäsen wuchsen an Zahl und Ausdehnung. Butter und Fett sind knapp, obwohl hier das Zentrum der Milchindustrie ist.

Sull: Der Vorschlag, daß Männer die Arbeit niederlegen und die Stelle der Frauen in den Polonäsen einnehmen sollten, wurde nicht angenommen, dagegen ein Komitee eingesetzt, das mit der Lebensmittelkommission Rücksprache nehmen soll.

Noch schlimmer lauten die Berichte aus London selbst. In der Hammer Smith Broadway hatte sich eine Polonäse aufgestellt, 800 Meter lang, 7 Personen nebeneinander. In der North End Road wurden durch das Drängen der Leute die Fensterbänke eingedrückt. An der Putney-Brücke standen 800 Frauen auf der einen Seite der Straße und auf der anderen eine fast ebenso große Polonäse. In den Vororten Brixton und St. John's standen mütterliche Frauen und Kinder von 5 1/2 Uhr ab bis um 9 Uhr die Läden geöffnet wurden, standen bereits über 1000 Menschen dort. Um 11 Uhr hatte sich diese Zahl verdoppelt. 15 Schaulente mußten Ordnung halten. Aber bald mußten sie die Spitze des Juges mit den Worten anhalten: „Es gibt keine Margarine mehr!“ In der Queen Victoria Street, in Balham, Tottenham, Ilford, Croydon, Brentford und anderen Vororten wurden ebenfalls über tausend Menschen in den einzelnen Polonäsen gezählt, die bis zur Dämmerung immer noch anwuchsen.

Aus den übrigen Berichten ist noch zu erwähnen, daß viele Frauen durch Kälte und Schwäche Ohnmachtsanfälle bekamen und auch die Kinder sehr litten. Die großen Lebensmittel-Läden in Westminster waren gegen Mittag von Tee, Butter, Speck, Margarine, Biddings, Reis, gefochtenen Nahrungsmitteln usw. völlig entblüht. Und da reden Lord George und Weddles andauernd von der Wirkungslosigkeit ihres U-Boot-Krieges!

Vom Tage.

Mißbrauch des Roten Kreuzes.

Die deutschen Flieger stellen vor einigen Tagen durch Lichtbildaufnahmen fest, daß das französische Munitionslager westlich von St. Remi-sur-Buffe, östlich von Reims, erheblich vergrößert worden ist. Unmittelbar neben dem Munitionslager stellte man einige Baracken auf und pflanzte darauf große Flaggen mit dem Roten Kreuz-Abzeichen.

Greifen nun die Deutschen das Munitionslager, wie es ihre Pflicht ist, an, so erhebt sich ein wütendes Gekreische über die Barbaren, die das Rote Kreuz nicht achten. Daß die Franzosen ihre Munition hinter dem Roten Kreuz verheken, ist natürlich ehrenhaft.

Die Nation der Ritterlichkeit.

Die Franzosen der Jetztzeit den Begriff der so oft und so lange den Kindern Frankreichs nachgerühmten Ritterlichkeit auffassen, erfährt man aus folgender amtlichen Feststellung: Vor kurzer Zeit wurden zwei deutsche Flieger abgeschossen und zum Verhör einem Divisionskommandeur des 8. französischen Armeekorps vorgeführt. Dieser entließ die deutschen Flieger, indem er der Wachmannschaft den Befehl gab: „Schaffen Sie die

„Und was bringt Sie auf die Vermutung, daß ich ein Künstler sei?“

„Ob“, meinte sie mit einem kleinen Lächeln, „das sieht man doch auf den ersten Blick.“

Eine eigentümliche Empfindung, die doch vielleicht mehr war als nur eine Regung kleinlicher Eitelkeit, hielt Günter ab, sie über ihren Irrtum aufzuklären. Sie bewachten alle jene kleinen unwichtigen Angelegenheiten, die bei solchem Anlaß erörtert zu werden pflegen, und Günter entfernte sich mit der Erklärung, daß innerhalb einer Stunde seine Vabelligkeiten zur Stelle sein würden.

Er brauchte nicht noch einmal in das Haus seiner alten Oheims zurückzukehren, um den einfachen Umgang zu seiner Vorfahren. Seine Koffer standen fertig gepackt in dem bisher von ihm bewohnten Zimmer der Rühlingischen Wohnung, und er hatte die geeigneten Vorkehrungen getroffen, um sie jederzeit durch einen legitimen Voten abholen lassen zu können.

Trotzdem widerstand er nur schwer der Versuchung, seine Schritte dahin zurückzulenken, wo er neben so mancher Stunde bitteren Kampfes doch auch gar zu viele elige Augenblicke ungetrübten Glückes verlebte hatte. Schmerzhaft zog sich ihm das Herz zusammen bei der Vorstellung, daß alles zu Ende sein sollte zwischen Editha und ihm — daß die tiefe, innige Jugendliebe, die, wie er gewöhnt, sein ganzes Leben hatte ausfüllen sollen, ihm ortan nichts anderes mehr bedeuten dürfte, als eine wehmütige Erinnerung, als einen ins Leere getrittenen Traum!

Fortsetzung folgt.

deutschen Vreger sofort nach Soullin, damit die französische Flieger sich nicht durch die Verührung mit den deutschen Schweinen beschmutzen.

Dieser Disziplinarmann verdient das Prädikat eines Ritters „sans peur et sans reproche“, ohne Furcht vor . . . Schande — und ohne Tadel . . . im Urteil aller Straßengräber.

Englische Menschlichkeit.

17. Die „neue englische Zeitschrift „John Bull“ gestattete es kürzlich, wörtlich folgenden Herzenserguß zu bringen:

„Amerika müsse eine Flotte von mindestens tausend Flugzeugen beschaffen, deren einziger Zweck sei, deutsche Städte zu bombardieren, ihre Gebäude zu zerstören, Tod, Unheil und Entsetzen zu verbreiten. Jeder Mann, noch Frau, noch Kind dürfe geschont werden; das sei das Evangelium des Hasses, der Barbarei und der Wildheit, aber es sei jetzt Krieg.“

Der Apostel der Menschlichkeit hinter dem Atlantischen Ozean, der Präsident der Vereinigten Staaten Wilson, weiß also nun, wie er seine Lehre von der höheren Kultur und Zivilisation mit Hilfe seines englischen Bundesgenossen in die Tat umlegen kann.

Amerikanischer Feldzug gegen Irland.

18. Die Behörden der Vereinigten Staaten haben eine Verbeugung vor den Fremden in London gemacht. Der amerikanische Botschafter „Gaelic American“ und zwei anderen für die irische Unabhängigkeit eintretenden New-Yorker Zeitungen, der „Irish World“ und dem „Freeman's Journal“ ist der Postverbot für die Vereinigten Staaten untersagt worden.

Und um welches Verbrechen handelt es sich? Die Blätter hatten gewagt, das auf die Fahne der Entente-Staaten geschriebene „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ auch für Irland in Anspruch zu nehmen. „Gaelic American“ schrieb: „Sollen England und seine Agenten Irland wiederum betrügen dürfen? Laßt es nicht zu! Sendet eine Flut von Protesttelegrammen nach Washington und macht es in nicht mißzuverstehender Weise klar, daß Irland auf seiner vollen Unabhängigkeit besteht.“ Das konnte Herr Wilson nicht dulden, der im übrigen für Selbstbestimmungsrecht der Serben, Polen, Litauer, Maoris usw. eintritt, d. h. für alle Völkernationen, soweit sie noch nicht dem englisch-amerikanischen Joch unterworfen sind.

Deutscher Reichstag.

(130. Sitzung.)

Re. Berlin, 20. Februar.

Schon äußerlich bot die Sitzung das Bild eines großen Tages. Die Tribünen waren überfüllt, in der Diplomatenloge saß man die drei Mitglieder der ukrainischen Regierung, die sich jetzt in Berlin aufhalten und die mit Interesse die Vorgänge unten im Saal verfolgten.

Vizepräsident Dove gedenkt in herzlich Worten der goldenen Hochzeit des bayerischen Königspaares und erhält die Ermächtigung, ein Glückwunschtelegramm des Reichstags nach München zu senden.

Der Friede mit der Ukraine.

Die den Friedensschluß mit der ukrainischen Volksrepublik behandelnde Drucksache konnten den Abgeordneten erst bei Beginn der Sitzung übergeben werden. Sie enthält neben dem Wortlaut der beiden Verträge eine kurze, die einzelnen Bestimmungen erläuternde Denkschrift, die zu dem Schluß kommt, daß der Vertrag den ersten Schritt tut zu einem dauerhaften, für alle Teile ehrenvollen Frieden, der nicht nur den Schrecken des Krieges ein Ende setzt, sondern auch zur Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen der Völker auf politischem, rechtlichem, wirtschaftlichem und geistigem Gebiete führen soll.

Der Reichskanzler und Herr v. Bayer erscheinen.

Gleich nachdem Staatssekretär v. Kühlmann seine etwa halbstündigen Ausführungen begonnen hatte, erschien Reichskanzler Graf Hertling mit seinem Stellvertreter v. Baur im Saal und nahm an der von Vertretern des Auswärtigen Amtes dicht besetzten Regierungsbank Platz.

Staatssekretär des Innern v. Kühlmann legte, wie schon am Abend vorher im Hauptauschuß dar, daß der Friede mit der Ukraine der erste Friedensschritt in diesem gewaltigsten aller Kriege sei. Die Verhandlungen waren nicht leicht, denn wie immer in Zeiten nationalen Aufschwunges wurden auch hier territoriale Forderungen gestellt, die nicht erfüllt werden konnten. Wir haben die Abgrenzung nach Groß-Rußland einem späteren Zeitpunkt überlassen und nur die Grenze nach Westen gezogen. Diese Lösung hat vor allem bei den Polen lebhaftest Kritik erfahren. Aber wenn an dieser Frage der Friede mit der Ukraine gescheitert wäre, die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes hätte das sicher aufs schärfste gemißbilligt. Wir haben von Anfang an die Grenzziehung im einzelnen einer Kommission vorbehalten und neue Verhandlungen mit der Ukraine haben jetzt zu dem Ergebnis geführt, daß durch eine neue Grenzziehung die Wünsche der Bevölkerung im weitestgehenden Maße berücksichtigt werden können. In dieser Kommission werden auch Polen vertreten sein. Zu Auseinandersetzungen über

die polnischen Fragen

wird später Zeit und Gelegenheit genug sein. Neben politischen Erwägungen hat auch die Erwägung zum Abschluß des Friedensvertrages geführt, daß die Ukraine auch jetzt noch über große Vorräte an Brotgetreide und Futtermittel verfügt. Sowohl für uns wie für Österreich-Ungarn ist die Verflechtung eines geordneten Handelsverkehrs mit der Ukraine von höchstem Interesse. Dieser erste Friedensvertrag wird zweifellos als Grundlage für spätere Verträge dienen. Der Staatssekretär kommt nun auf das Verhältnis zu der Bolschewistenregierung in Petersburg zu sprechen und macht die hochwichtigen, an anderer Stelle wiedergegebenen Eröffnungen über das neue russische Friedensangebot. Der Staatssekretär schließt unter großer Bewegung des Hauses: Der Eindruck, den ich draußen hatte, war der, daß die Öffentlichkeit einen Abschluß mit der Ukraine mit Erleichterung und Freude aufgenommen hat und als den ersten Schritt zu einer besseren Zukunft und zu einer Wiederherbeilebung des allgemeinen Friedens begrüßt, den wir alle erhoffen und den wir bei ruhiger, klarer, fester und entschlossener Führung der auswärtigen Politik in absehbarer Zeit auch zu erreichen hoffen werden. Beifall.

Die Redner der Parteien.

Abg. Gröber (Str.). Namens meiner Partei habe ich der Freude Ausdruck zu geben, daß wir bei Beginn der Tagung dem ersten Friedensvertrag unsere Zustimmung geben können. Wir danken der Regierung für diesen Vertrag und alles, was damit zusammenhängt. Ich begrüße die den Staatssekretär

Generalmajor Hoffmann hätte selbstverständlich als Vertreter der kaiserlichen Regierung den Vertrag mit unterzeichnen können, aber die Oberste Deeresleitung kann nicht als Kontrahent neben dem Bevollmächtigten der Regierung auftreten. Zustimmung im Zentrum und links. Ein Fehler war es, daß man nicht gleich Polen zu den Beratungen zog. Um so mehr, als man in Brest-Litowsk als ersten Grundsatzt das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgestellt hat. Da ist es bedauerlich, daß man bei der ersten Gelegenheit diesen Grundsatz nicht berücksichtigt hat. Den polnischen Winderheiten muß in der Ukraine der nötige Schutz, namentlich auch die Freiheit der Religionsausübung gewährt werden.

Abg. Dr. David (Soz.). Der mitgeteilte hoch erfreuliche Funkpruch aus Petersburg stellt uns vor eine ganz neue Situation und läßt die zusammengekauften Hoffnungen auf einen Frieden mit Großrußland wieder aufleben. Gegenüber dem Skeptizismus des Staatssekretärs müssen wir dafür sorgen, daß die Hoffnungen nicht von neuem zusammenbrechen. Die Schuld des Scheiterns der Verhandlungen in Brest-Litowsk darf man nicht nur auf der russischen Seite legen. Die begangenen Fehler dürfen nicht wiederholt werden, namentlich das Verfahren, wie man das Selbstbestimmungsrecht durchzuführen wollte, entsprach nicht unserer Auffassung. Es ist zu begrüßen, daß die russische Regierung durch den Funkpruch jetzt einen Weg zum Frieden eröffnet. Wenn beide Parteien ihn aufrichtig wollen, wird er ausgetreten kommen. Nach dieser Bereitschaftserklärung der russischen Regierung sollten auch die militärischen Operationen zurückgenommen werden. Jedenfalls sollte der Ausbruch vermieden werden, als ob man in Groß-Rußland einen Regierungswechsel herbeiführen will. In die inneren Verhältnisse in Finnland, Estland, Litland und der Ukraine sollen wir uns nicht einmischen. Unser Interesse in der Ukraine beschränkt sich darauf, daß wir die Lebensmittel abtransportieren. Dazu ist nur eine Sicherung der Verkehrsverhältnisse notwendig. Dem Bedenken des Abg. Gröber über das Gouvernement Polm schließen wir uns an. Die Polen müssen auch zu Worte kommen. Dauernde wirtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zu Osteuropa müssen das Ziel unserer Politik sein. Sie würden auch die beste Regelung gegen den Westen geben.

Abg. Senda (Vole). Durch den Frieden mit der Ukraine hat man eine neue Teilung Polens vollführt. Dieses Gefühl herrscht im ganzen Polenlande vor, und überall dort, wo Polen wohnen. Sie wissen nicht, was in Lemberg, in Warchau und in Krakau geschehen ist. Die Erregung ist dort so groß gewesen, daß bereits Blut auf den Straßen geflossen ist. (Hört, hört.) Es handelt sich nicht nur um Elemente, die in Panik aus dem Lande geflüchtet haben, die Erregung hat alle Kreise des polnischen Volkes umfaßt, vom Niedrigsten bis zum Höchsten. Redner nennt den Vertrag in Bezug auf das Cholmer Gebiet ein Instrument der Ungerechtigkeit und hofft, daß er nicht angenommen wird.

Abg. Dove (Soz.). Der Wunsch des Redners wird zu meiner Freude keine Aussicht auf Erfüllung haben. Wir alle sind uns bewußt, daß wir hier eine deutsche Volksvertretung haben. (Lebhafte Zustimmung.) Bezüglich der Beurteilung des neuen Schrittes sind wir nicht optimistisch. Herr Radel läßt kein großes Vertrauen ein. Wir wollen trotzdem das Beste hoffen, aber vorerst abwarten. Die Ukraine bietet alle Voraussetzungen für ein friedliches Nebeneinanderleben. Gerade die wirtschaftlichen Nebenvorteile scheinen mir außerordentlich glänzend zu sein. Wenn von einer neuen „Teilung Polens“ gesprochen wird, so ist das eine maßlose Übertreibung. Bei der Zusammenwürfelung der Völkerstaaten im Osten kann der Nationalitätsgedanke nicht ganz vollkommen durchgeführt werden. Wir wollen aber keine weitere Belastung mit fremden Elementen. Wir müssen dagegen Verwahrung einlegen, daß aus militärischen Gründen einzelne Gebiete uns angegliedert werden. Uns ist der Reichskanzler der allein verantwortliche. Damit stimmt es nicht überein, daß die Unterabteilung der Obersten Deeresleitung unter dem Friedensvertrage steht. Auch im Westen regt sich die Friedensstimmung unter den Völkern.

Abg. Dr. Stresemann (natl.). Dem Dank des Abg. Gröber über den Abschluß des ukrainischen Friedensvertrages schließen wir uns an. Wir danken dem Staatssekretär Kühlmann und seinen Mitarbeitern für die Entschiedenheit, Fähigkeit und diplomatische Geschicklichkeit und das Pflichtgefühl, das sie bei den Verhandlungen in Brest bewiesen haben. Die Unterzeichnung des Vertrages durch den General Hoffmann als Vertreter der Obersten Deeresleitung steht in einem gewissen Widerspruch dazu, daß in der Einleitung des Vertrages als einziger Vertreter der deutschen Regierung Herr v. Kühlmann genannt ist. Aber diese formale Frage werden wir ja noch aufschluß erhalten. Wenn wir uns an reale Tatsachen halten, dann haben wir in erster Linie der deutschen Obersten Deeresleitung den Dank dafür auszusprechen, daß wir überhaupt zu einem Frieden mit der Ukraine gekommen sind. (Lebhafte Beifall.) Wenn weitere Friedensverhandlungen stattfinden, muß die deutsche Reichsleitung einbittlich lediglich durch Bevollmächtigte des Deutschen Reiches vertreten sein. Alle Wünsche und Ansprüche einzelner Bundesstaaten auf irgend eine Sondervertretung sind abzulehnen. (Sehr richtig.) Trost hat in Brest-Litowsk Friedensobstruktion getrieben und sein Ohr nur darauf eingestellt, ob nicht aus Wien, Budapest oder Berlin revolutionäre Regierungen ihm zu Hilfe kommen würden. (Sehr richtig.) Wenn nun durch den Vormarsch unserer Truppen der neue Funkpruch erreicht worden ist, so freuen wir uns, daß wir so schnell zu gegenseitigen haben und nicht noch Zeit verstreichen ließe, so daß die Greuelthaten in Litland und Estland fortgesetzt werden könnten. (Beifall.) Der Redner fordert nun als Vorbedingung für weitere Friedensverhandlungen die restlose Räumung von Litland, Estland, sofortige Freilassung aller gefangengehaltenen Deutschen, Liten und Letten, unbedingte Räumung und Anerkennung der Selbständigkeit und die Anerkennung des Friedensschlusses mit der Ukraine. Zum Schluß wendet sich der Redner gegen die Polen und führt aus, daß für Deutschland nur das deutsche Interesse maßgebend sein dürfe. Für Deutschland haben die Polen keine Arme aufgebracht, jetzt aber wollen sie eine polnische Armee für Rußland gegen die uns befreundete Ukraine aufbringen. Das ist zu viel! (Stürmischer Beifall und Handklopfen, auch auf den Tribünen.) Die Greuel in den Ostprovinzen können wir nicht dulden, wir wären sonst kein Volk von Ehre. Wir wollen nicht den völligen Anschluß an Deutschland, aber wir wollen das Deutschtum in den dortigen Gebieten militärisch, kulturell und geistig schützen.

Abg. Graf Westarp (konl.). Wir begrüßen den ukrainischen Vertrag als ersten Schritt zum Frieden. Die Ausführungen des Abg. Senda enthielten ungeheure Übertreibungen. Von einer neuen Teilung Polens kann doch nicht die Rede sein, wenn es sich um die Errichtung eines selbständigen polnischen Staates handelt. Ohne die Abtretung des Cholmer Gebietes war der Frieden mit der Ukraine nicht zu haben. Was Herr Trost wirklich gewollt hat, hat das Verhalten der Bolschewisten gegenüber Finnland und der Ukraine bewiesen. Lebhaft zu begrüßen ist das Wiedereintreten des militärischen Aktions im Osten, als sie

notwendig wurden. Die jetzt mit dem Untergang bedrohte uralte deutsche Kultur in den baltischen Provinzen zu retten, ist für uns eine Pflicht der deutschen Ehre und der Menschlichkeit. Die dortigen Deutschen müssen so bald als möglich geregelt werden und nicht erst, wie Präsident Wilson verlangt, bei dem allgemeinen Friedensschluß. Wir können jetzt nicht mehr darauf rechnen, daß jenseits der deutschen Grenze ein Polenreich entsteht, das mit uns in einer freundschaftlichen Verbindung steht. Daher dürfen unsere Stellung zu der polnischen Frage nur noch maßvoller sein die militärischen Sicherungen. In dieser Frage ist das Urteil der Obersten Deeresleitung unbedingt maßgebend. Kein Frieden wird im deutschen Volke Verhängnis finden, der nicht wenigstens moralisch auch die Unterdrückten, Dindenburg und Budendorff trägt (Beifall rechts).

Abg. v. Salm (Dsch. Kraft.) verlangt weitgehende Maßnahmen zum Schutze des bedrohten Deutschtums in den Ostseeprovinzen.

Abg. Ledebour (U. Soz.) befreit, daß es Trost nicht darauf angekommen sei, den Frieden herbeizuführen, habe nur nicht den Frieden gewollt, den die Alldeutschen forderten.

Abg. Fürst Radziwill (Vole) spricht im ganzen mächtiger und verständlicher als sein Fraktionsgenosse. Er tritt für einen Verständigungsfrieden aller europäischen Völker ein.

Darauf verlegt sich das Haus.

Neues russisches Friedensangebot.

Die russische Regierung zur Annahme unserer Friedensvorschlüge bereit.

CB. Berlin, 20. Februar.

In der heutigen Sitzung des Reichstags machte Staatssekretär v. Kühlmann dem Hause eine Mitteilung, die begreifliches Aufsehen erregte. Im Verlauf seiner Rede führte der Staatssekretär aus: „Es sind

neue Vorgänge

eingetreten, welche für die Beziehungen zwischen Rußland und dem bolschewistischen Kabinett und den Mittelmächten von immerhin erheblichem Einfluß sein können. Auf das ernste Borgehen der deutschen Delegation, über dessen Einzelheiten Sie durch den Deeresbericht unterrichtet sind, hat gestern das Bolschewikariat in Petersburg einen Funkpruch an die Regierung des Deutschen Reiches gerichtet, in welchem nach dem einleitenden Passus über die Behandlung des Waffenstillstandsvertrages heißt:

„Der Rat der Volkskommissare sieht sich dem Verstandnis zu erklären, den Frieden unter Bedingungen zu unterzeichnen, welche von der Delegation des Vierbundes in Brest-Litowsk gebildet wurden. (Lebh. Rufe: Hört! Hört!) Der Rat der Volkskommissare erklärt, daß eine Antwort auf von der deutschen Regierung gestellten genauen Bedingungen unverzüglich gegeben werden wird.“

Dann fuhr der Staatssekretär fort: „Diese durch Funkpruch ergangene Mitteilung stellt nach den Erfahrungen, die wir bisher mit derartigen Funkprüchen gemacht haben

keine verbindliche Äußerung

dar. Es ist ja der amtliche Charakter solcher Kundgebungen manches Mal gelegentlich worden. Wir haben daraufhin die Petersburger Regierung mitgeteilt, der Funkpruch sei empfangen worden, wir hätten um schriftliche Bestätigung seines Inhalts an unsere Linien. Wir haben darauf Mitteilung erhalten, daß die Regierung der Volkskommissare die schriftliche Bestätigung umgehend an unsere Linien schicken werde. Nach den bisherigen

Erfahrungen mit Herrn Trost

müßte ich nicht, daß irgendwie in der breiten Öffentlichkeit der Eindruck entstände, es sei nunmehr alles glatt und und wir hätten den Frieden mit Rußland in der Tasche. Ich würde einen solchen Eindruck hauptsächlich deshalb fürchten, weil ich der ehrlichen und aufrichtigen Friedensliebe des deutschen Volkes, welche von der Regierung vollstem Maße geteilt wird, eine Enttäuschung ersparen möchte. Die Ereignisse werden sich ja jetzt so zweifelhaft abrollen. Wir sind mit unseren Bundesgenossen über diese neue Tatsache in einem dankenswerten Austausch eingetreten, der bei weitgehender Arbeit, die die ganze Materie in Brest-Litowsk zur Klarheit hat, gleichfalls bald zu Ende geführt werden wird. Eine wesentliche Verschiebung der Verhandlungsbasis ist so weit sich dies übersehen läßt, nicht eintreten. Die Arbeiten auf den Abschluß eines Friedens sind durch den Abschluß des Friedens mit der Ukraine, durch den jetzt ein und ausgeübten Druck und durch das Scheitern der Hoffnungen, die man sich in Petersburg gemacht hat, erheblich besser geworden. Es kann der Hoffnung Raum gegeben werden, daß

wir jetzt zum Ziele kommen

werden. Der Freude über das große Ergebnis eines solchen Abschlusses mit Rußland sollen wir uns aber erst freuen, wenn die Karte unter dem Dokument ist.“

In der Presse wird dringend gefordert, Herrn Trost nicht ohne weiteres zu trauen; man solle sich sicherheitshalber fordern, daß er uns nicht von neuem hinterhöckere, sondern ehrlich und ernsthaft Frieden schließen wolle. Ferner müßte die Zurückziehung aller russischen Truppen aus Finnland und der Ukraine, die restlose Anerkennung der Unabhängigkeit dieser Republiken u. a. gefordert werden.

Über Dünaburg und Luch Windau.

Mehrere hundert Geschütze erbeutet.

Mitteilungen des Bolsschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 20. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An verschiedenen Stellen der Front Artillerie-Minnenwerferkampf. — Größere Erdmündungsvorläufe



der Engländer westlich von Bouthem, der Französe bei
Duvincourt und nördlich von Reims unternahm, wurden
abgewiesen.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Beiderseits der Bahn Riga-Petersburg wurden die
10 Kilometer von unserer bisherigen Front liegenden
russischen Stellungen überschritten. Schwacher Widerstand
des Feindes bei Inzern nördlich der Bahn wurde schnell
gebrochen. — Über Dünaburg hinaus rücken unsere Divisionen
in nordöstlicher und östlicher Richtung vor, zwischen Düna-
burg und Ruck traten sie in drei Abschnitten den Vor-
marsch an. — Die über Ruck hinaus vorgehenden Divisionen
marschieren auf Rowno. — 2500 Gefangene, mehrere
hundert Geschütze und große Mengen an vollem Material
sind in unsere Hand.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Unsere Gefangenen in Rumänien.

Beim Kriegsministerium in Berlin ist die erste tele-
graphische Nachricht der nach dem unbesetzten Rumänien
zur Inspektion der dortigen Gefangenenlager ent-
sandten Schweizer Delegierten nunmehr eingegangen.
Sie besagt, daß unter großem Entgegenkommen der
rumänischen Behörden bisher die beiden Lager Dobrowa
und Sipote besichtigt worden seien. Erfreulichweise ist
habei festgestellt worden, daß die Lage unserer Ge-
fangenen in diesen beiden Lagern, auch in hygienischer
Beziehung, günstig ist und daß keine Epidemien dort
herrschen. Die Zahl der deutschen Gefangenen beträgt
einschließlich der Invaliden 2450.

Die in letzter Zeit über die Zustände in rumänischen
Gefangenenlagern, namentlich über Lager Sipote, bekann-
tgewordenen, höchst beunruhigenden Nachrichten haben sich
somit als vorläufig unzutreffend erwiesen. Über frühere
Borgänge in rumänischen Gefangenenlagern müssen weitere
Ermittlungen und Feststellungen abgewartet werden.

Neue U-Boots-Erfolge.

Amstich wird gemeldet: Im mittleren Teil des Mittel-
meeres haben unsere U-Boote 5 Dampfer und 10 Segler
versenkt, wodurch hauptsächlich der Transportverkehr nach
Italien geschädigt wurde.

Vier der vernichteten Dampfer, von denen einer italieni-
scher Nationalität war, wurden aus Karl gefischerten Geleitz-
zügen herausgeholt. Unter den Seglern befanden sich
die italienischen Fahrzeuge „Estrel“, „Ida“, „Caterina“,
„Loki“, „Loforo“, „Paolo Meriga“, „Ella“, „Adam Fanny“,
mit Ladung: Jäse, Koble bzw. Grubenholz. Eine
U-Bootsfalle in Gestalt eines Zweimastschüners wurde
durch zwei Artillerietreffer eines U-Bootes schwer be-
schädigt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Amerikanische Besorgnisse.

Nach einer verpöht nach Berlin gelangten Meldung
des Washingtoner Berichterstatters der „Chicago Daily
Tribune“ erregten private Äußerungen einzelner Mitglieder
der nach Amerika zurückgekehrten Mission unter Oberst
Dowse größte Beunruhigung. Es wurde bekannt, daß der
Kommissionsbericht über den U-Boot-Krieg äußerst
peinlich sei. Die Schiffverluste sind danach weit
größer, als sich aus den offiziellen Bekanntmachungen er-
gibt, und lassen es als ausgeschlossen erscheinen, daß die
vereinigten Staaten und England hinreichenden Ersatz
schaffen können. Die Weigerung des Kriegsministers
Baker, sich zur Sache zu äußern, wird dahin ausgelegt,
daß auch er die Lage pessimistisch ansehe und nicht glaube,
daß Amerika im Laufe 1918 seine volle Kraft zur Geltung
bringen könne.

Luftangriff auf Calais.

Am 18. Februar, abends, belegten vier Marineflug-
zeuge den Seebahnhof von Calais, sowie ein daneben
liegendes Barackenlager erfolgreich mit Bomben und
griffen dort drei Scheinwerfer mit Maschinengewehr an.
Im Barackenlager wurden Brände beobachtet; einer der
Scheinwerfer wurde zerstört.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 20. Febr. Gegenüber einer englischen Meldung,
daß die deutsche Seereschiffahrt den Waffenstillstands-
vertrag mit Rußland durch Truppenverschiebungen verlegt
habe, wird amtlich festgestellt, daß gemäß den Verein-
barungen des Waffenstillstandsvertrages an der Ostfront keine
Truppenverschiebungen stattgefunden haben.

Wien, 20. Febr. Wie aus dem Kriegspressequartier ge-
meldet wird, haben die österreichischen Truppen bis zur
Grenzlinie ohne Zwischenfall das ganze Gebiet besetzt.

Wien, 20. Febr. General der Infanterie Hermann von
Rusmanek, der Verteidiger der Festung Przemyśl, ist
nach dreijähriger Gefangenschaft in Wien eingetroffen.

Sofal, 20. Febr. Nach einer Timesmeldung hat der neue
rumänische Ministerpräsident General Avarescu den Ver-
handlungen mitgeteilt, daß es Rumänien unmöglich sei,
die von der früheren Regierung unter anderen Vorbedingungen
eingegangenen Verpflichtungen aufrechtzuerhalten.

Wien, 20. Febr. Wie französische Blätter melden, hat die
Regierung der Vereinigten Staaten die deutschen Fabriken
in Philadelphia mit Beschlag belegt.

London, 20. Febr. Der Voranschlag für das Meer für
1918/19 ist heute veröffentlicht worden. Darin werden fünf
Millionen Mann vorgesehen.

London, 20. Febr. Die vereinte Gewerkschaft des
Brennstoffes verwarf die Vor schläge der Regierung zur Be-
schaffung von Menschenmaterial mit 12 717 717
27 170 Stimmen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• Zu den bedeutendsten Veranstaltungen der diesjährigen
Landwirtschaftswoche gehörte der deutsche Kartoffel-
tag. Der Hauptredner des Tages, Abg. Lang führte
aus, daß die Kartoffel erst im Kriege ihre Bedeutung für
die gesamte Volksernährung gezeigt habe. Für den
Kartoffelanbau (praktische Förderung, Erziehung und
Abwehr der Kartoffelkrankheiten) müßten Millionen bereit-
gestellt werden. Für die Zeit nach dem Kriege gelte es
vor allem, Arbeitskräfte bereitzustellen, ausreichenden Soll-
stand zu gewährleisten und den Inlandverbrauch zu fördern.
Platzenda seien auch niedrige Frachttarife.

• Das preussische Herrenhaus ist für den 8. März zu
seiner nächsten Vollversammlung einberufen.

• Die nationalliberale Fraktion der badischen Zweiten
Kammer hat in Sachen der preussischen Wahlrechts-
vorlage an die nationalliberale Fraktion im preussischen
Abgeordnetenhaus ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a.
heißt, in der Südweste des Reiches verfolge man die
preussischen Wahlrechtskämpfe mit wachsender banger
Sorge. Die nationalliberale badische Fraktion glaubt es
den vaterländischen, politischen und Fremdespflichten
schuldig zu sein, der preussischen Fraktion mit der Bitte
nahezutreten, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, damit die
Frage eine baldige Lösung im Sinne der Kaiserlichen
Verfassung finde. Nur auf diese Weise könne das von allen
Seiten bedrohte Reich vor weiteren Gefahren und Krisen
bewahrt werden.

Österreich-Ungarn.

• Die Aussprache über den Ukrainefrieden hat in
österreichischen Abgeordnetenhaus zu stürmischen Szenen
geführt. Während Ministerpräsident Dr. v. Seidler aus-
führte, daß die Ukraine mehr Getreide enthalte, als man
annahme, vollführten die Tschechen einen obenbetäubenden
Lärm und riefen unter anderem: „Lüge, Betrug“.

• Das Verhältnis zwischen Polen und Ukrainern wird
in einer Entschlieung behandelt, die der Polenklub den
österreichischen Abgeordnetenhaus überreicht hat. Es heißt
darin, daß die Polen mit dem neuen Staatswesen der
Ukraine in Freundschaft zu leben wünschen. Dann wird
es möglich sein, mit Ausschluß jedes Dritten die
Grenzfragen zu regeln. — In dem jetzt von der Senur
freigegebenen Aufruf der österreichischen Polen wird u. a.
erklärt, die deutsch-ukrainische Freundschaft solle auf den
Reichsnamen Polens und Litauens begründet werden und
die Polen würden, jeder Verbindung mit dem Osten be-
raubt, deutscher Ausbeutung und Unterdrückung aus-
gesetzt. Der Aufruf schließt mit einem Protest gegen
den Friedensschluß von Brest-Litowsk, gegen den die
Polen den Kampf aufnehmen wollen, um ihn zu be-
zwingen.

Großbritannien.

• Die Stellung Lloyd Georges ist nach wie vor un-
erklärlich. Das zeigte die Unterhausverhandlung bei
Erbringung des Vorschlages für das Heer. Lloyd
George, der mit großem Beifall begrüßt wurde, stellte
nicht die Vertrauensfrage; aber er erklärte, das Haus solle
entweder dem Vorgehen der Regierung seine Billigung
ausprechen, oder aber eine andere Regierung suchen. Der
liberale Führer Asquith kritisierte die Art der Durch-
führung der Versailler Beschlüsse, erhob aber keine Ein-
wendung gegen die Erweiterung der Befugnisse des
Kriegskabinetts.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 20. Febr. Der verhörrte Besatzungszustand
und damit die Einsetzung außerordentlicher Kriegsgerichte
ist mit dem Ablauf des 23. Februar außer Kraft gesetzt
worden.

Stockholm, 20. Febr. Die chinesische und die japanische
Regierung drohen den Maximalkisten, die Konzessionen der
chinesischen Eisenbahn zu beenden, falls von Petersburg
aus nicht schnellstens für Ordnung und Sicherheit gesorgt wird.

Wien, 20. Febr. Nach der „Tribune“ wird die Kon-
ferenz in London am 23. Februar eröffnet, um auch der ita-
lienischen Teilnahme zu ermöglichen.

Schlupfdienst.

Drabt- und Korrespondenz-Meldungen.

Rühlmanns Rumänienfahrt verschoben.

Berlin, 20. Febr. Staatssekretär v. Rühlmann hat seine
unvermutlich für heute in Aussicht genommene Abreise nach
Bukarest aufgeschoben, da seine Anwesenheit hier infolge
der neu geschaffenen Sachlage dringend erforderlich ist.

Aus Afrika heimkehrende Deutsche.

Berlin, 20. Febr. Verschiedene Zeitungen melden für-
die am 4. d. M. erfolgte Ankunft des englischen Dampfers
„Marlebon“ in Oost von Holland mit 99 Ausgewiesenen aus
Deutsch-Südwestafrika. Die an maßgebender Stelle ein-
gegangenen Erkundigungen haben ergeben, daß die Nachricht
in dieser Form unzutreffend ist; es handelt sich vielmehr bei
den mit dem genannten Dampfer Verhafteten um aus der
Goldküste ausgewiesene Deutsche, die sofort nach Deutschland
weitergereist sind.

Troßki gekürzt?

Berlin, 20. Febr. In dieigen parlamentarischen Kreisen
verlautete heute gerücheweise, daß die Petersburger Maxi-
malisten gekürzt seien, und daß Troßki sich in eine neutrale
Gesandtschaft geküchert habe. Im Zusammenhang damit
wird angenommen, daß die letzten Petersburger Funk-
sprüche vom Sowjet abgeändert worden seien. Eine Be-
stätigung dieser Gerüchte traf noch nicht ein.

Wittrauen gegen bolschewistische Panfaren.

Berlin, 20. Febr. An ausländischer Stelle wird die aus
Ententekreisen kommende Nachricht über die Gefangennahme
der gefamten ukrainischen Rada durch die Bolschewisten mit
großem Zweifel aufgenommen. Man nimmt an, daß es sich
um eine ähnliche Ente handle, wie bei den vielen bolsche-
wistischen Siegesnachrichten.

Vertrauensvotum für Czernin.

Wien, 20. Febr. In der Sitzung der christlich-sozialen
Partei hob der Obmann des Verbands des Ministers des
äußeren Grafen Czernin um das Zustandekommen des ukrai-
nischen Friedens hervor. Aus der Aussprache ergab sich ein
einheitsstimmiges, begeistertes Vertrauensvotum für Graf
Czernin.

Abgelehnte Entlassungsgesuche.

Wien, 20. Febr. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht
latterliche Handzettel an den Ministerpräsidenten Dr. von
Seidler, sowie an den Unterrichtsminister Troßki und den
Minister Twardowski, wonach der Kaiser gemäß dem Antrage
des Ministerpräsidenten dem Ansuchen des Unterrichtsministers
Troßki und des Ministers Twardowski um Enthebung
vom Amte keine Folge gibt und die beiden Minister
seines fortwährenden Vertrauens versichert.

Abreise in Bukarest.

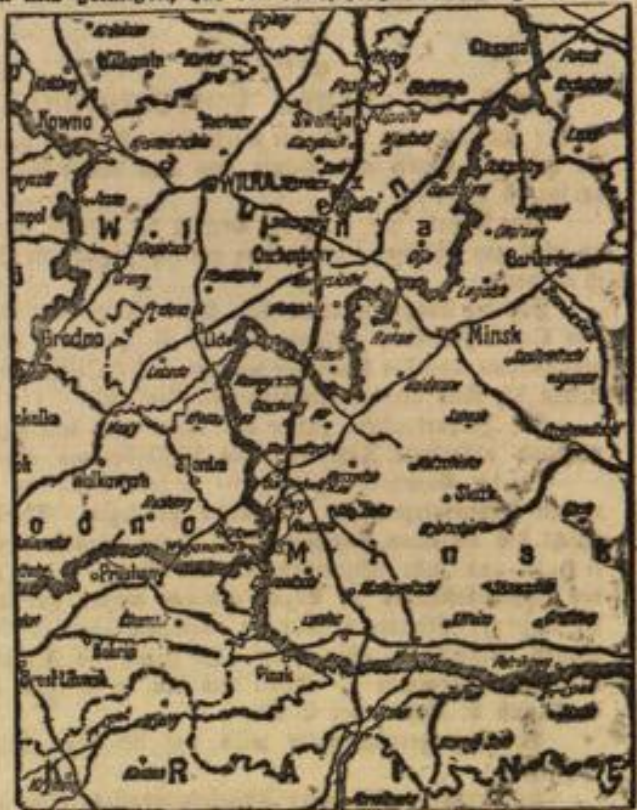
Bukarest, 19. Febr. Der rumänische Ministerpräsident
Avarescu will mit Zustimmung des deutschen Oberkom-
mandos hier, um über die Frage der Rabinetbildung mit
jenen hervorragenden rumänischen Politikern zu verhandeln,
die sich auch heute noch auf besetztem rumänischem Gebiet
befinden. Die Verhandlungen über den Frieden sollen am
Freitag beginnen; es ist jedoch noch ungewiß, ob in Bukarest
oder Jockani.

Kiew von der Welt abgeschnitten.

Sankt Petersburg, 20. Febr. Weber in London noch in Petersburg
sind in den letzten Tagen Nachrichten über Kiew eingegangen.
Die letzten Telegramme sind vom 8. Februar datiert.

Der Vormarsch im Osten.

Das Schredenregiment, das die Maximalkisten sowohl
im Finnland und Estland, wie in der Ukraine, ausüben
in Verbindung mit den Rotarmen, die aus jenen Gebieten
zu uns gelangen, hat die deutsche Seereschiffahrt veranlaßt



nach Ablauf des Waffenstillstandes in Rußland den Vor-
marsch wieder aufzunehmen. Wenn Volkskommissar Troßki
Erstaunen darüber äußert und erklärt, der Waffenstillstand
sei nicht fristgemäß gekündigt worden, so ist das eine jener
Rabulistikereien, in denen er sich in Brest-Litowsk übte. Die
Verantwortung für die Wiederaufnahme der kriegerischen
Handlung trifft ausschließlich den Petersburger Rat der
Volkskommissare. Deutschland kam unter seinen Um-
ständen huldern, daß sich die maximalistische Anarchie in den
Handgebieten ausbreitet.

Lozales und Provinzielles.

Westblatt für den 22. Februar.

Sonnenaufgang 7^h 10^m | Monduntergang 5^h 10^m
Sonnenundergang 5^h 10^m | Mondaufgang 2^h 10^m

1788 Philosoph Arthur Schopenhauer geb. — 1912 Chano-
graph Richard Andree gest. — 1916 Niederlage der Russen bei
Kortina in Transkaukasien — 1916 Beginn der Schlacht bei Verdun.
Durchbruch der französischen Stellungen nördlich Verdun in
10 Kilometer Breite und 8 Kilometer Tiefe.

• Reut schweigen! Das Mahnwort „Vorlicht bei
Betrüben“, das in der Heimat jedermann, sei er Soldat
oder Zivilist, immer wieder eindringlich vorgehalten wird,
hat in diesem Existenzkampf unseres Volkes eine Be-
deutung, die nicht leicht zu übertrieben ist. Schlimmer
noch als die Blauehrhaftigkeit in der Heimat ist das
Verhalten einzelner Deutsche gegenüber dem neutralen
Auslande. Dort, wo sie sich den allergrößten Zwang auf-
erlegen sollten, fühlt sich mancher gedrängt, sein Herz aus-
zuschütten oder in Briefen unverantwortliche Mitteilungen
zu machen. Am häufigsten werden in übertriebenen Schil-
derungen unsere heimischen Lebens- und Ernährungs-
verhältnisse besprochen. Es ist selbstverständlich, daß diese,
auch wenn sie von vornherein nicht in unberufene Hände
gelangen, unsere Sache und unser Ansehen aufs schwerste
schädigen. Es ist nachweisbar in zahlreichen Fällen vor-
gekommen, daß aus Deutschland nach der Schweiz gelangte
Briefe maßlos übertriebene Klagen über die Lebensmittel-
schwierigkeiten in Deutschland enthielten und daß die
nach der Schweiz reisenden Deutschen die Zustände im
Nord- und Westen Deutschlands als sehr ungünstig
schilderten. Solche Unbedachtsamkeit leistet der Sache
unserer Gegner unbewußt die willkommensten Dienste.
Ein Deutscher, der sich in Wort und Schrift nicht die so
notwendige Disziplin des Schweigens auferlegt, verläßt sich
ohne es zu wollen, schwer am Vaterlande. Er verlängert
den Krieg, da er durch seine an sich wohl gar nicht so
ernst zu nehmenden Klagen die Hoffnung der Feinde be-
festigt, sie könnten ihr aussichtsloses Ziel, Deutschland
niedergurigen, doch noch zu guter Letzt erreichen.

• Die neue Eierverordnung, die im amtliche Teil
unserer heutigen Ausgabe abgedruckt ist, wird auch an dieser
Stelle ganz besonderer Beachtung empfohlen.

• Dachpappe. Der Streichmasse zur Unterhaltung
der mit Dachpappe eingedeckten Dächer benötigt, muß bis
zum 27. d. M. dem Kreisbauamt in St. Goarshausen
mitgeteilt. Spätere Meldungen können nicht mehr berück-
sichtigt werden.

• Fahrkartentontrolle. Eine scharfe Nachprüfung
der Fahrkarten findet angeblich in einzelnen Bezirken in
den Personenzügen statt, um der immer weiter um sich grei-
fenden mißbräuchlichen Benutzung höherer Wagenklassen durch
Reisende mit geringwertigeren Fahrkarten zu steuern.

• Familienabende. Der Metall-Arbeiterverband be-
absichtigt am Sonntag, den 24. Februar, abends 7.30 Uhr
im Verbandshaus „Rheinberg“ einen Familienabend zu veran-
stalten, wozu alle Mitglieder mit ihren Angehörigen, nebst
Freunden herzlich eingeladen werden.

• Eisenbahnverkehr. Es steht noch keinesfalls fest,
daß die Ergänzungsgesetze zu den Fahrpreisen für Schnell-
und Eilzüge am 1. April d. J. aufgehoben wird. Die Ergän-
zungsgesetze sind eingeführt worden, um bei den herrschenden
Betriebschwierigkeiten die dringend erforderliche Einschränkung
des Verkehrs der schnellfahrenden Züge herbeizuführen. Es
wird lediglich von der Betriebslage abhängen, wann diese
Maßnahme beseitigt werden kann.

• Die Kommissionen zur Prüfung im Kondem-
nieren nach einer Verjüngung des Regierungspräsidenten für
die Jahre 1918—20 weiter beschaffen.

Wetterbericht.

Eigener Wetterdienst.

Andauer des wärmeren, aber stürmischen Wetters.

Bekanntmachungen der städtischen Behörde.

Auszug aus der neuen Eierverordnung

Die Ausfuhr wie auch der Versuch der Ausfuhr von Eiern der Hühner, Enten und Gänse aus dem Kreise St. Goarshausen ist verboten.

Jede Abgabe wie auch der Versuch der Abgabe von Eiern an nicht zur Eierempfangnahme amtlich zugelassene Personen ist verboten.

Für die Entgegennahme von Eiern ist in jeder Gemeinde eine Ortsammelfstelle errichtet, die die Geschäfte der Eierempfangnahme und der Kontrolle versteht. Die Ortsammelfstellen liefern die Eier an die Kreisammelfstellen ab.

Die Hühnerhalter haben die ihnen von dem Gemeindevorstand auferlegte Zahl Eier als Mindestmenge abzuliefern.

Bei der Veranlagung sind die in jeder Gemeinde zu führenden Hühnerverzeichnisse zugrunde zu legen. Die Abgabepflicht des einzelnen Hühnerhalters ist auf mindestens 30 Eier je Huhn und Jahr festzusetzen, mit der Maßgabe, daß 20 pEt. des Hühnerbestandes in Abzug gebracht werden dürfen. Auf die einzelnen Monate verteilt sind: demnach von den Geflügelhaltern mindestens abzuliefern: Je Huhn im Februar und März zusammen 4 April und Mai je 6, Juni 6, Juli 4, August 6, September 2 Eier.

Der Einzelerzeugerpreis wird auf 80 Pfg. für ein Ei festgesetzt.

Hühnerhalter, die ihrer Ablieferungspflicht nicht genügen, können im Zwangswege zur Abgabe der Eier angehalten werden.

Die Hühnerhalter sind verpflichtet, den mit der Durchführung und Kontrolle der Eierablieferung beauftragten Personen Auskunft zu erteilen.

Eier von Hühnern, Enten und Gänsen dürfen am die nicht geflügelhaltende Bevölkerung nur gegen Eiermarken oder auf die Lebensmittelliste durch die amtlich zugelassenen Eierabgabestellen verabschiedet werden.

Zumiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Entziehung der Eier oder der verbotsmäßig hergestellten Erzeugnisse, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Diese Anordnung trat am 15. Februar in Kraft.
Der Kreisamtschef.

Wird veröffentlicht.
Braubach, 22. 2. 18. Die Pol.-Verwaltung.

Stadtverordneten-Sitzung.

Die Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung werden hierdurch zu der
am Samstag, den 23. Februar 1918,
Nachmittags 7 Uhr
im Rathhause saale

Sitzung

- eingeladen.
1. Vorlage der Jahresrechnung 1918.
 2. Abgabe von Fichtenstangen an die Schafereiengesellschaft.
 3. Beitritt der Stadt zu der Nassauischen Siedlungsgesellschaft.
 4. Mitteilungen.
 5. Geheime Sitzung.
- Braubach, 18. Februar 1918.
Der Stadtverordnungsleiter

Die Bewirtschaftung der baumwollenen und leinenen Nähgarne ist auf die Reichsbelleidungsstelle übergegangen, die die Verteilung regelt.

Der Bedarf an Nähgarn für die Zeit bis zum 1. 4. 18 ist von den Kleinhandlern, Bild- und Wäschehändlern bis zum 25. d. M. beim Landratsamte anzumelden. Später eingehende Meldungen können nicht berücksichtigt werden.
Der Bürgermeister.

Fleisch-Verkauf

am Freitag von 2-5 für A-H beim Metzgerm. Boll
" Samstag " 2-5 " G-H
" Freitag " 2-5 " I-S
" Samstag " 2-5 " G-H-S

Es werden verkauft:
A. auf die grüne Vorzugsreichfleischkarte: 250 Gramm.
B. Reichsfleischkarte:
an Schlachtkörper: Erwachsene je 180
Kinder 100
Uebere Fleisch, welches zu den angegebenen Zeiten nicht abgeholt wird, wird anderweitig veräußert.
Braubach, 21. Febr. 1918. Die Pol.-Verw.

Packpapier

A. Lemb.

Dreifusstiefeleisen

wieder eingetroffen
Julius Rüping.

Weinbergspfähle

eingetroffen.
Chr. Wieghardt.

Meiner werren Rundschiff
zur Nachricht, daß

alle Gemüsesämereien (auch Zuckerrüben und Kartoffeln)

eingetroffen sind
Walter Studert.

Besten

zu Unterboden und Demden
— alle Ware —

empfehlen
Geschw. Schumacher.

in Bollen und Baumwolle bei
Geschw. Schumacher.

eingetroffen.

Bohlenlöffel, Eisen und sämtliche Feuergewichte

wieder zu haben bei
Georg Philipp Clos.

eingetroffen.

Für Schneiderinnen

Hübsche Auswahl
in Spitzen und Ein-
lagen.

Große Auswahl in
Knöpfen
Echte
Chappseide

in farblich a. 25. 25 Pfg.
Geschw. Schumacher.

Spitzenstücken für
Damen

in schwarz, weiß und farbig
in reicher Auswahl
Rudolf Neuhaus.

Augenlampen,
Stimmlampen,
Handlaternen

empfehlen
Julius Rüping.

eingetroffen.

Preisfüße

zum Selbstbesetzen der Schuhe
neu angekommen.
Gg. P. H. Clos.

Herrn- Schlipse

in großer Auswahl bei
Geschw. Schumacher.

eingetroffen.

Vorhang- schlösser

in großer Auswahl empfiehlt
Jul. Rüping.

Die so beliebten und besten
bekannten

Sämereien

der West-europäischen Samen-
züchterei J. Eilers, Düsseldorf
sind eingetroffen und empfehle
solche zur Abnahme.
Rud. Neuhaus.

Salzgurken

empfehlen
Jean Engel.

Herrn-Kragen und Schlipse

in reicher Auswahl
Geschw. Schumacher

Bester Mörtel

zum Ausbessern der Chamott-
kelne für Ofen und Herde,
sowie auch

Chamottsteine

empfehlen
Gg. Phil. Clos.

Herrn- Socken

in Bollen und Baumwolle bei
Geschw. Schumacher.

eingetroffen.

Feldpostkarten

sind wieder vorrätig
A. Lemb.

Haarschmuck

— besonders schöne Sachen —
sehr preiswert
Rud. Neuhaus.

Taschenlampen und Batterien

zu haben bei
Julius Rüping.

Neu angeliefert:

Rucksäcke

und
Einkauf-
taschen

in guter preiswerter Ware.
R. Neuhaus.

Daill-Saucen-Pulver

Palet 15 Pfg
empfehlen
Jean Engel.

Herrnkragen, Vorhemden, Manschetten und Schlipse

— moderne schöne Sachen —
in großer Auswahl eingetroffen
Rud. Neuhaus.

Spielkarten

das Pat. 1. — M.
neu eingetroffen.
A. Lemb.

Wagenschmiere

in 1 Pfund-Pfächsen empfiehlt
Jean Engel.

Große Auswahl in

farbiger Seide

zu
Blusen u. Kleider

sehr preiswert.
Geschw. Schumacher.

Neu eingetroffen.

Spitzenkragen

für Blusen und
Jacken

in reicher Auswahl außerst
preiswert.
Rud. Neuhaus.

Blaue und schwarze

Stofffarben

wieder eingetroffen.
Jean Engel.

Sie sparen

mehr als die Hälfte an Zeit, Seife und Feuer
wenn Sie sich

Johns „Voll dampf“

Waschmaschine

anschaffen.

Das Kochen, Dämpfen, Waschen und Deckeln der Wäsche erfolgt alles auf einmal. Die Wäsche wird weder gerieben, noch gezerrt, noch angebrannt. Der Dampf löst den Schmutz, die beständige Spülung entfernt ihn, lagert sich am Boden ab und wird nicht, wie bei Holzmaschinen, immer wieder aufs neue in die Wäsche gegeben.

Bedienung kinderleicht.

Über 200 000 Stück verkauft.

Gg. Phil. Clos, Braubach.

Weisse Stoffe

gestickter Mull — Voili gemustert
für Communionkleider

zu billigen Preisen.
Geschw. Schumacher.

eingetroffen.

Zu der bevorstehenden Communion und Konfirmation

empfehlen in schöner Auswahl und sehr realen
Preisen:

Für Knaben:

Hüte, Kragen, Manschetten,
Vorhemden, Schlipse, Hosenträger,
Strümpfe.

Für Mädchen:

Stoffe für Unterzeuge, Leibchen,
Untertaillen, Strümpfe, Hand-
schuhe, Haarbänder.

Rudolf Neuhaus.

Wirtschaftswagen

sind in schöner Ausführung zu haben bei
Julius Rüping.

Batterien

zu Taschenlampen

empfehlen
Gg. Phil. Clos.

Einkochbüchsen

mit Gummiring

zum Versand ins Feld empfiehlt
Julius Rüping.

Neu eingetroffen:

Schwarze Wolle

a 3. 8.70 und 4 Mark

Geschw. Schumacher

Wand- und Hand- Kaffeemühlen

in prima Qualität empfiehlt
Jul. Rüping.